



# Briefing Notes Zusammenfassung

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

Gambia – Januar bis Juni 2022

01. Juli 2022

## 17. Januar 2022

### **Strafverfahren gegen ehemaligen Generalleutnant und andere, Schicksal aktueller Staatsbediensteter**

Medienberichten zufolge wurde der vormalige Generalleutnant Sulayman (Saul) Badjie, ein ehemaliger Kommandant der Republikanischen Nationalgarde und enger Berater des Altpräsidenten Yahya Jammeh, sowie Major Landing Tamba und Warrant Officer Musa Badjie, zwei Angehörige der paramilitärischen und außerhalb der Legalität handelnden Einheit Jungler, der Untersuchungshaft im Zentralgefängnis Mile II zugeführt. Die Inhaftierten seien zusammen mit sechs, zeitweilig festgenommenen, Militärs und mehreren Zivilpersonen im Anschluss an die Präsidentschaftswahlen im Dezember 2021 nach Gambia zurückgekehrt, nachdem sie sich im Jahr 2017 mit dem Altpräsident Yahya Jammeh ins Exil nach Äquatorialguinea begeben hätten. In dem am 25.11.21 veröffentlichten Abschlussbericht der Wahrheits-, Versöhnungs- und Wiedergutmachungskommission (TRRC) (vgl. BN. v. 29.11.21) wird u.a. eine Strafverfolgung des Generalleutnants Badjie und aller Angehörigen der Militärjunta sowie Jungler-Einheit wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen und teilweise Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die die Möglichkeit einer Amnestierung ausschließen, empfohlen. Das gambische Nachrichtenportal Fatu Network berichtet, dass den Angeschuldigten laut Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Banjul der Mord an dem bekannten Journalisten Deyda Hydera und zweier US-Bürger gambischer Abstammung zur Last gelegt wird. Im Gegensatz zu den im Jahr 2018 nach Gambia zurückgekehrten Generälen Umpa Mendy und Ansumana Tamba, die in erster Instanz wegen Desertion verurteilt und später in der Berufungsinstanz freigesprochen wurden, muss sich der General Badjie laut Militärangaben nicht wegen Desertion verantworten.

Ende Dezember 2021 erklärte der Justizminister Dawda Jallow, dass sich die Regierung Barrow der Umsetzung des TRRC-Berichts verpflichtet hat. Noch vor der Veröffentlichung eines Weißbuches würde die Regierung Entscheidungen über die Schicksale von zahlreichen, noch aktiven Staatsbediensteten treffen, die in dem TRRC-Bericht belastet werden würden. Der TRRC-Bericht erwähnt, dass Staatsbedienstete, vor allem aus dem Sicherheitsapparat und denen Täterschaft oder Beteiligung an Verbrechen während der 22-jährigen Ära von Altpräsident Jammeh vorgeworfen wird, noch immer hohe Ämter bekleiden, darunter der Innenminister Yankuba Sonko, der Generaldirektor des Inlandsgeheimdienst SIS (vormals National Intelligence Agency, NIA) Ousman Sowe, der ehemalige Generalinspekteur der Polizei (IPG) Ensa Badjie sowie der Kommandeur der Verbrechensbekämpfung (PIU) Gorgi Mboob.

### **Zunahme der Ernährungsunsicherheit**

Unter Berufung auf einen Entwurf einer Comprehensive Food Security and Vulnerability Assessment (CFSVA) des Welternährungsprogrammes berichtet das gambische Nachrichtenportal The Point, dass im Jahr 2021 13,4 % der Gesamtbevölkerung von Ernährungsunsicherheit betroffen waren, was einen Anstieg um mehr als 5 % gegenüber der Bestandsaufnahme aus dem Jahr 2016 bedeute. Im Jahr 2011 seien noch 5,6 % der Gesamtbevölkerung Ernährungsunsicherheit ausgesetzt gewesen. Die Ergebnisse der Bestandsaufnahme weichen erheblich von der im Oktober 2021 veröffentlichten Analyse der „Food Security Analysis Unit“ der UN ab, die die Betroffenheit der

Ernährungsunsicherheit der Bevölkerung auf rd. 30 % schätzte (vgl. BN v. 25.10.21). Der stellvertretende Direktor der Nationalen Agentur für Ernährung, Malang Fofana, erklärte am 12.01.22, dass die Zahl der unter „Stunting“ (ernährungsbedingte Wachstumsverzögerung) sowie unter Unterernährung leidenden Kinder weiterhin weit verbreitet ist. Die Prävalenz von Unterernährung bei Kindern habe in den letzten zehn Jahren jedoch abgenommen.

## **24. Januar 2022**

### **Amtseinführung von Präsident Barrow, Verbesserung der Lebenswirklichkeit der Bevölkerung**

Am 19.01.22 wurde der am 04.12.21 mit 53 % der abgegebenen Stimmen im Amt bestätigte Staatspräsident Adama Barrow für eine zweite Amtszeit von fünf Jahren vereidigt. Am 28.12.21 wies der Oberste Gerichtshof die Wahlanfechtungsklage wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten der größten Oppositionspartei Partei United Democratic Party (UDP) ab, ebenso wie einen darauffolgenden Antrag der UDP auf Überprüfung des Urteils am 18.01.22. Die UDP unter Ousainou Darboe erkennt das Wahlergebnis weiterhin nicht an. In seiner Antrittsrede verscrieb sich Präsident Barrow guter Regierungsführung, der Einhaltung rechtstaatlicher Garantien sowie der Förderung und dem Schutz grundlegender Menschenrechte. Er kündigte die Ausarbeitung einer neuen Verfassung an, die u.a. die Begrenzung der Wiederwahlmöglichkeit eines Präsidenten enthalten soll. Präsident Barrow machte keine Angaben, ob eine solche Amtszeitbeschränkung rückwirkende Wirkung entfalten soll oder ihm die Möglichkeit einer Kandidatur für zwei weitere aufeinanderfolgende Amtszeiten als Präsident ermöglichen würde. Laut Presseberichterstattung gehört die Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit und der seit 2017 kontinuierlich angestiegenen Lebenshaltungskosten, die Verbesserung der Gesundheitsversorgung und die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zur Bekämpfung der Ernährungsunsicherheit im Land zu den größten Herausforderungen der neuen Amtszeit. Unter Berufung auf eine nicht näher bezeichnete Statistik führt das gambische Nachrichtenportal The Point aus, dass die Jugendarbeitslosigkeit derzeit 41,5 % betragen würde.

## **07. Februar 2022**

### **UN: Kampf gegen Genitalbeschneidungen**

Unter Berufung auf eine auf den 05.02.22 datierte gemeinsame Erklärung des UN-Kinderhilfswerkes (UNICEF) und des UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) berichten mehrere gambische Medien, dass im Kampf gegen die in Gambia verbreitete Praxis der Genitalbeschneidung Fortschritte erreicht wurden. Zwischen den Jahren 2010 und 2018 sei ein Rückgang der Beschneidungsrate bei Mädchen im Alter von null bis vier Jahren um 10 % auf 27 % festzustellen. Zwischenzeitlich würden sich 49 % der Frauen offen gegen die Beschneidungspraxis aussprechen. Es seien jedoch u.a. größere Anstrengungen bei der Durchsetzung der zum Schutz von Frauen und Mädchen erlassenen Gesetze sowie bei Investitionen in Präventions-, Schutz- und Betreuungsdienste vonnöten.

## **14. März 2022**

### **Zusammenstoß zwischen UDP-Anhängerschaft und Sicherheitskräften, Polizeigewalt**

Die Nichtzulassung der Wahlkandidatur von Momodou Sabally von der Hauptoppositionspartei United Democratic Party (UDP) bei den Parlamentswahlen am 09.04.22 durch die Unabhängige Wahlkommission (IEC) hat einem Medienbericht zufolge zu Zusammenstößen zwischen der UDP-Anhängerschaft und den Sicherheitskräften geführt. Der Versuch der Protestierenden, sich mit angekündigter Zerstörungsabsicht gewaltsamen Zutritt zu dem IEC-Regionalbüro in Brikama zu verschaffen, habe zum gewaltsamen Eingreifen der Sicherheitskräfte geführt. Mehrere Personen seien verletzt worden, darunter ein Journalist. Die innerstaatliche politische Lage bleibt seit der – von der UDP abgelehnten – Wiederwahl von Staatspräsident Adama Barrow am 04.12.2021 angespannt. Am 06.12.22 kam es zuletzt zu Zusammenstößen zwischen UDP-Demonstrierenden und den Sicherheitskräften (vgl. BN v. 13.12.21). Laut UDP droht bei den Parlaments- und Kommunalwahlen am 09.04.22 abermals ein Wahlbetrug zugunsten der Präsidentenpartei National People's Party (NPP).

Die Nationale Menschenrechtskommission (NHRC) forderte am 11.03.22 das Polizeipräsidium dazu auf, eine Gruppe an Polizeibediensteten, die in einer Videoaufzeichnung zu sehen sind, wie sie am 10.03.22 auf einen unbewaffneten und nicht bedrohlichen Zivilisten in Brikama gemeinschaftlich einschlagen und eintreten, disziplinar- und strafrechtlich zur Rechenschaft zu ziehen. Bei dem Opfer der Polizeigewalt handelt es sich laut UDP-Parteivorsitzendem Ousainou Darboe um einen UDP-Anhänger.

### **Verurteilung zur Höchststrafe wegen Vergewaltigung**

Der Oberste Gerichtshof hat am 09.03.22 einen Angeklagten der Vergewaltigung schuldig gesprochen und diesen zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Die zuständige Richterin erhoffte sich durch die Verhängung der gesetzlich zulässigen Höchststrafe eine abschreckende Wirkung auf potentielle Straftäter. Die NHRC zeigte sich im April 2021 wegen der Anzahl von Fällen geschlechtsspezifischer und sexualisierter Gewalt, die von einer Kultur des Schweigens und der Straflosigkeit umgeben ist, besorgt (vgl. BN v. 19.04.21).

## **21. März 2022**

### **Fall übermäßiger Polizeigewalt wird untersucht; Demonstrationsuntersagung**

Laut dem stellvertretenden Polizeipräsidenten Lamin Bojang wurde wegen möglicherweise disziplinar- oder strafrechtlich relevanten Verhaltens ein polizeiinternes Ermittlungsverfahren gegen jene Polizeibediensteten eingeleitet, die gemeinschaftlich auf einen unbewaffneten und friedlichen Anhänger der Oppositionspartei United Democratic People (UDP) eintraten und -schlugen (vgl. BN v. 14.03.22). Unterdessen hat der Generalinspektor der Polizei einem Medienbericht zufolge der UDP die Veranstaltung von beantragten Demonstrationen in der KW 11 gegen die Nichtzulassung der Wahlkandidatur von Momodou Sabally (UDP) bei den Parlamentswahlen am 09.04.22 versagt und dies mit Sicherheitsgründen begründet. In Gambia steht die Demonstrationsfreiheit unter dem Vorbehalt einer behördlichen Erlaubnis gem. Art. 5 Abs. 2 des Public Order Act von 1961.

## **28. März 2022**

### **Weiteres Todesurteil ausgesprochen**

Der Angeklagte Pateh Jallow ist mit Urteil des High Court in Basse vom 23.02.22 anklagegemäß wegen Mordes schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt worden. Unter Berufung auf die Gesetzeslage sprechen Gerichte immer wieder Todesurteile aus. Seit Februar 2018 gilt in Gambia ein De-facto-Hinrichtungsmoratorium, ohne Anzeichen für dessen Aufhebung. Die letzte Vollstreckung einer Todesstrafe fand im Jahr 2012 statt.

## **11. April 2022**

### **Anklage wegen des Vorwurfes der schweren Homosexualität**

Das gambische Nachrichtenportal The Standard berichtete am 06.04.22 über eine formelle Anklageerhebung gegen einen Mann wegen „schwerer Homosexualität“ (im englischen Originalgesetzestext: aggravated homosexuality) gemäß des Art. 144 A Absatz 1 lit. a des Strafrechtsänderungsgesetzes von 2014. Die Staatsanwaltschaft wirft dem Angeklagten vor, 2021 Geschlechtsverkehr mit einem Zwölfjährigen vollzogen zu haben. Schwere Homosexualität ist mit lebenslänglicher Freiheitsstrafe bedroht. Seit der formellen Regierungsübernahme durch Staatspräsident Adama Barrow im Jahr 2017 fehlte es lange an Belegen dafür, dass Strafverfolgung und strafrechtliche Verurteilungen wegen Homosexualität erfolgen. In einem von Besonderheiten gekennzeichneten Einzelfall (Geständnisablegung) verurteilte ein Gericht am 26.04.21 einen Angeklagten wegen versuchter Homosexualität zur Höchststrafe (vgl. BN v. 03.05.21).

## **02. Mai 2022**

### **Verurteilungen wegen versuchten Menschenhandels**

Laut dem gambischen Nachrichtenportal Foroyaa verurteilte der Magistrate Court in Banjul zwei Personen wegen versuchten Menschenhandels gemäß Abschnitt 35 Abs. 1 i.V.m. Abschnitt 29 Abs. 1 und 4 des Trafficking in Persons Act 2007 jeweils zu der Mindeststrafe in Form einer Geldstrafe von 50.000 GMD (rd. 875 EUR, Stand: 29.04.22) und 15 Jahren Freiheitsstrafe. Im Jahr 2021 sind mehrere Ermittlungs- und Strafverfolgungsfälle sowie auch einige Verurteilungen wegen Menschenhandels bekannt geworden (vgl. BN v. 08.11.21).

## **09. Mai 2022**

### **Lage der Pressefreiheit und Sicherheit von Medienschaffenden, GPU beklagt medienfeindliche Rhetorik**

Gambia, das im Pressefreiheitsindex 2017 der NGO Reporter ohne Grenzen (RSF) noch Platz 147 von 180 untersuchten Staaten belegte, verbesserte sich seit dem Wechsel an der Staatsspitze um fast 100 Plätze und

rangierte 2022 weltweit auf Rang 50. Laut Medienbericht vom 04.05.22 wies Sadibou Marong, Leiter des RSF-Büros in Westafrika, auf pressefreiheitliche Fortschritte seit der Amtsübernahme durch Staatspräsident Adama Barrow hin. Angriffe gegen Medienschaffende seien zurückgegangen und es habe sich eine vielfältige und pluralistische Medienlandschaft im Land gebildet. Die Gambia Press Union (GPU) erinnerte die Regierung am 03.05.22 daran, die seit Jahren ausstehende Reform der in Teilen weiterhin gültigen repressiven Mediengesetzgebung vorzunehmen, die eine freie journalistische Arbeit erschwere und noch unter der Vorgängerregierung zur Verfolgung von Medienschaffenden herangezogen wurde.

Medienberichten von Anfang Mai 2022 zufolge kritisierte u.a. die GPU, Civil Society Coalition Staatspräsident Barrow für seine scharfen Äußerungen sowie persönlichen Angriffe gegen den Bürgeraktivisten Madi Jobarteh am islamischen Feiertag Eid al-Fitr. Barrow habe den Aktivisten als eine Bedrohung für die Staatssicherheit bezeichnet und zugleich den Medien vorgeworfen, zur Destabilisierung des Landes beizutragen, weil sie Jobarteh eine Plattform böten. Die Regierung könne nicht weiterhin Kritik von Personen dulden, die das Land „in Brand setzen“ wollen, so Barrow weiter. Der Aktivist, der wiederholt die Regierung wegen der Misswirtschaft öffentlicher Gelder und korrupter Praktiken kritisierte, habe Medienberichten zufolge zwischenzeitlich verschiedene Todesdrohungen erhalten. Laut GPU wurden in den letzten fünf Jahren mehr als 15 körperliche und verbale Angriffe auf Medienschaffende registriert, die von in der Politik tätigen Menschen und deren Anhängerschaft in einem Klima der Straffreiheit verübt worden seien. So hätten etwa Vorwürfe Barrows über eine voreingenommene Berichterstattung in den Jahren 2018 und 2021 zu gewaltsamen Übergriffen auf Medienschaffende durch seine Anhängerschaft sowie Staatsbedienstete geführt. Am 19.04.22 kritisierte die GPU den Vorsitzenden der größten Oppositionspartei United Democratic Party (UDP), Ousainou Darboe, für seine Aussagen gegen den Journalisten Pa Nderry Touray. Die GPU forderte alle politischen Akteure dazu auf, medienfeindliche Rhetorik zu unterlassen, da diese geeignet sei, ihre Anhängerschaft zu körperlichen oder verbalen Angriffen gegen Medienvertretende anzustacheln.

## **23. Mai 2022**

### **Ausgesprochen zurückhaltendes Anzeigeverhalten und seltene Verurteilungen wegen GBV**

Laut Medienbericht vom 17.05.22 erklärte der stellvertretende Generalinspekteur der Polizei, Demba Sowe, dass weniger als eine von zehn Frauen, die geschlechtsspezifische Gewalt (GBV) erlitten hätten und zur Hilfesuche bereit wären, sich an die Polizei wenden würden. Lediglich in der Minderheit der der Polizei tatsächlich gemeldeten GBV-Fälle hätten Frauen Anzeige erstattet. Konkrete Fälle von Verurteilung wegen GBV seien noch seltener. Demba Sowe, der sich vorliegend auf - zeitlich nicht näher beschriebene - Erhebungsdaten der UN-Statistikabteilung berief, ermutigte die von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffenen Personen dazu, mit der Kultur des Schweigens zu brechen und die Polizei in Fällen solcherart in Anspruch zu nehmen. GBV, die von einer Kultur des Schweigens und weitgehender Straflosigkeit umgeben ist, ist weit verbreitet (vgl. BN v. 19.04.21).

### **Activista-Gambia übt verschiedenartige Kritik an der Regierung Barrow**

Laut Medienbericht zeigt sich die zivilgesellschaftliche Jugendbewegung Activista-Gambia besorgt und enttäuscht angesichts der zunehmenden Beschneidung des politischen Raums und der Meinungsäußerungsfreiheit unter der Regierung von Staatspräsident Adama Barrow. Einschüchterungen und Bedrohungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen und anderen Kräften sowie von Menschenrechtsverteidigenden hätten ebenfalls zugenommen. Activista zufolge gebe es Anzeichen für eine Rückkehr zu einem diktatorischen Regierungssystem. Dies zeige sich etwa in der Polizeigewalt gegen Kebba Chatty (vgl. BN v. 14.03.22), der fehlenden Möglichkeit zur Ausübung von bürgerlichen Grundfreiheiten angesichts der „ständigen Versagung von behördlichen Erlaubnissen“ und in den verbalen Angriffen von Staatspräsident Adama Barrow auf die Zivilgesellschaft, vor allem gegen die Person des Bürgeraktivisten Madi Jobarteh (vgl. BN v. 09.05.22). Des Weiteren gebe es u.a. eine prekäre Sicherheitslage, Landstreitigkeiten, grassierende Korruption und Misswirtschaft, ansteigende Lebenshaltungskosten. Die Regierung zeige zudem keine Bereitschaft zur Umsetzung der Empfehlungen der Janneh- sowie Wahrheits-, Versöhnungs- und Wiedergutmachungskommission (TRRC).

## 30. Mai 2022

### **Regierung kündigt Strafverfolgung von Ex-Präsident an**

Justizministerin Dawda Jallow erklärte am 25.05.22, die Regierung sei bereit, den ehemaligen Staatspräsidenten Yahya Jammeh und rd. 70 seiner Weggefährten, denen der am 25.11.21 erschienene Bericht der Wahrheits-, Versöhnungs- und Wiedergutmachungskommission (TRRC) schwere Verbrechen vorwirft (vgl. BN v. 29.11.21 u. 17.01.22), vor Gericht zu stellen. Medienberichten zufolge will die Regierung die Empfehlungen der TRRC weitestgehend umsetzen und damit Straffreiheit als Anreiz für Urheber von Verbrechen angehen. Hintergrund sei auch internationaler Druck. Für die fehlende Umsetzung war die Regierung auch intern kritisiert worden (vgl. BN v. 23.05.22). Für die Strafverfolgung sollen Spezialgerichte eingerichtet werden. Unterschiedliche Angaben gibt es dazu, ob diese lediglich in Gambia selbst oder auch in anderen Ländern tagen sollen. Jammeh befindet sich im Exil in Äquatorialguinea, mit dem Gambia kein Auslieferungsabkommen besitzt.

## 13. April 2022

### **Vorbelasteten Staatsbediensteten droht Suspendierung und Dienstbeendigung**

Übereinstimmenden Medienberichten zufolge erklärte die gambische Regierung anlässlich der Veröffentlichung ihres Weißbuches am 25.05.22 (vgl. BN v. 30.05.22), dass all jene Staatsbedienstete, die negativ im Bericht der Wahrheits-, Versöhnungs- und Wiedergutmachungskommission (TRRC) erwähnt wurden (vgl. BN v. 29.11.21), suspendiert werden. Justizminister Dawda Jallow erwähnte am 25.05.22, dass mehrere dieser Personen weiterhin in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes einschließlich des Sicherheitssektors tätig sind (vgl. BN v. 17.01.22). Die Regierung beabsichtige zudem, die Dienstverhältnisse dieser zu suspendierenden Personen unter Berücksichtigung aller Umstände des jeweiligen Einzelfalls zu beenden, so Dawda Jallow.

Während die Regierung die Handlungsempfehlung der TRRC zur Strafverfolgung des Kommandeurs der Verbrechensbekämpfung (PIU) Gorgi Mboob und die Aberkennung seiner Amtsfähigkeit für die Dauer von fünf Jahren akzeptieren würde, verteidigte der Justizminister die umstrittene Entscheidung der Regierung, dem derzeitigen Generaldirektor des Inlandsgeheimdienst SIS (vormals National Intelligence Agency, NIA) Ousman Sowe, sowie den vormaligen Innenminister unter Staatspräsident Adama Barrow, Yankuba Sonko, nicht die Amtsfähigkeit für die Dauer von zehn Jahren abzuspochen. Die Regierung habe im Falle Yankuba Ousman Sowe festgestellt, dass die ihm zur Last gelegte Vernichtung und Unterschlagung von Beweismitteln bei dem NIA im Mai 2017 stattgefunden habe, und damit der Tatzeitpunkt außerhalb des Untersuchungszeitraum (Juli 1994 bis Januar 2017) des TRRC liegen würde. Laut dem Menschenrechtsaktivist und politischen Kommentator Pa Samba ist Ousman Sowe als Generaldirektor des SIS nicht weiter tragbar. Dieser könne keine unparteiische Untersuchung der unter Altpräsident Yahya Jammeh begangenen Verbrechen durch Bedienstete der NIA leiten. Im Falle Yankuba Sonko, der im Jahr 2005 eine Rolle bei der Vertuschung der Ermordung an 67 westafrikanischen Eingewanderten gespielt haben soll, besteht laut Regierung Anlass für weitere Ermittlungen.

## 20. April 2022

### **UNICEF, NHRC: Verbreitung und Bekämpfung schädlicher traditioneller Praktiken**

Das UN-Kinderhilfswerk (UNICEF) wies in einer Presseerklärung vom 16.06.22 darauf hin, dass mehr als die Hälfte der Mädchen im Alter von null bis 14 Jahren eine Form der Genitalbeschneidung (FGM) erlitten hat. Zudem seien ein Viertel der Mädchen vor Erreichen ihres 18. Lebensjahres verheiratet worden. Trotz eines langsamen Bewusstseinswandels und zunehmender Ablehnung seien FGM und Frühverheiratungen nach wie vor weit verbreitet. Auch die Nationale Menschenrechtskommission (NHRC) erklärte am 16.06.22, dass Kinder trotz kinderpolitischer und gesetzlicher Fortschritte weiterhin solchen und anderen menschenrechtswidrigen Praktiken ausgesetzt sind. UNICEF und die NHRC fordern eine effektive Durchsetzung der kinderschutzrechtlichen (Straf-)Vorschriften.

### **Regierung ordnet die Suspendierung vorbelasteter Staatsbediensteter an**

Der Sprecher des Justizministeriums bestätigte gegenüber der französischen Nachrichtenagentur AFP, dass die gambische Regierung die sofortige Suspendierung von Staatsbediensteten angeordnet hat, denen Verbrechen unter der Regierung von Präsident Yahya Jammeh angelastet werden (vgl. 13.06.22 u. 30.05.22). Betroffen seien u.a.

der Kommandeur der Polizeieinheit zur Verbrechensbekämpfung (PIU), Gorgi Mboob, der Einsatzleiter der Drogenbekämpfungsbehörde (DLEAG), Ebrima Jim Drammeh, weitere Angehörige der Streit-, Polizei- und Geheimdienstkräfte sowie Angehörige des Gefängnisdienstes.

### **Verurteilung wegen Vergewaltigung und Entführung**

Laut Medienbericht verurteilte der High Court in Bakau Anfang Juni 2022 einen Angeklagten wegen Vergewaltigung und Entführung eines minderjährigen Mädchens zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 20 Jahren. Die Minderjährige gab an, dass sie die Vergewaltigung gegenüber ihrer Familie aus Scham verschwiegen habe. Ihr Vater habe sie zur Polizeibehörde gebracht, wo sie anlässlich einer Opfervernehmung erstmals den Vergewaltiger angezeigt habe. Sexualisierte sowie geschlechtsspezifische Gewalt wird oft verschwiegen und bleibt straffrei (vgl. BN v. 19.04.21).

## **27. April 2022**

### **Lage der Ahmadiyya-Minderheitsreligion**

Laut Sheriff Abba Sanyang, Minister für Land, Lokalverwaltung und religiöse Angelegenheiten, stehen Angehörigen der muslimischen Minderheit der Ahmadiyya die gleichen Rechte zu wie anderen Bürgerinnen und Bürgern. Der stellvertretende Sprecher der Nationalversammlung würdigte die starken Beiträge der Ahmadiyya-Glaubensgemeinschaft zum sozioökonomischen Fortschritt Gambias. Die Aussagen wurden zu einer Zeit getroffen, nachdem übereinstimmenden Medienberichten zufolge einflussreiche islamische Religionsführer anlässlich eines „Anti-Ahmadiyya“-Gipfels im Juni 2022 die Ahmadiyya als Nichtmuslime und Angehörige einer häretischen Glaubenslehre bezeichnet hatten. Ihnen sei das Recht auf Aufenthalt in Gambia abgesprochen worden. Die Ahmadiyya-Glaubensgemeinschaft und ein führender gambischer Menschenrechtsaktivist forderten die Regierung jeweils auf, die verantwortlichen Imame einschließlich ihrer radikalen Anhängerschaft wegen Aufruf zu Gewalt, Hetze und Unruhe strafrechtlich zu verfolgen. Während staatliche oder staatlich geduldete Repressalien gegen Ahmadiyya-Muslime seit Regierungswechsel nicht bekanntgeworden sind, wird seit Jahren über Spannungen zwischen der sunnitischen Mehrheitsglaubensgemeinschaft und der Ahmadiyya-Minderheit berichtet. Laut Medienbericht verpflichtete sich die Regierung in ihrem Weißbuch vom 25.05.22 (vgl. BN v. 30.05.22) u.a. dazu, den einflussreichen und quasi-staatlichen Obersten Islamische Rat (GSIC) zu reformieren sowie Strafverfolgungsmaßnahmen gegen Personen einschließlich des Altpräsidenten Yahya Jammeh einzuleiten, denen schwere Menschenrechtsverletzungen gegen Angehörige der Ahmadiyya, der muslimischen Ndigal-Sekte und des schiitischen Islams angelastet werden. Im Jahr 2015 erklärte der GSIC die Ahmadiyya öffentlich zu Nicht-Muslimen und schränkte diese mit Ausspruch einer Fatwa in ihrer religiös-islamischen Teilhabe und Rechtsausübung ein.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration  
Briefing Notes  
BN-Redaktion@bamf.bund.de